

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1853

18.9.1853 (No. 220)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 18. September.

N. 220.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Preizelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelber frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

Demokratie und Sklaverei in Nordamerika. *)

Amerika ist eine demokratische Republik, und die sich selbst als „demokratische“ bezeichnende Partei hat seit 1800 beinahe fortwährend geherrscht. In 15 Präsidentenwahlen, die seit Washington stattfanden, hat sie 11 mal gesiegt (im vergangenen Jahre wieder so vollständig, wie fast nie vorher). So hat sie 44 Jahre geherrscht, besitzt schon seit 10 Jahren wieder eine unbeschränkte Mehrheit im Hause und Senat des Kongresses, hat in den Einzelstaaten 28 Gouverneurs unter 31, und eine entschiedene Mehrheit in den Gesetzgebungen von 29 Staaten. Alle Konstitutionen der Einzelstaaten, mit Ausnahme von Vermont und Rhode Island, sind durch diese Partei entworfen, oder später durch dieselbe umgestaltet worden. Endlich besitzt sie wenigstens zwei Drittel der in der Union erscheinenden englischen und 9 Zehntel aller deutschen Zeitungen. Wenn also irgend jemals eine Partei die „gebietende“ gewesen ist, und für die Aufstellung sowohl als Ausführung ihrer Grundsätze hat verantwortlich gemacht werden dürfen, so ist es die amerikanische Demokratie.

Sklaverei und Demokratie sind an und für sich widersprechende Dinge, und doch sind von den 15 Sklavensstaaten der Union 8, die sich ganz demokratisch nennen, und im Augenblick 13, die eine demokratische Regierung haben.

Und diese Sklaverei ist weit ärger, als die türkische oder weiland algierische, und tausendmal härter, als die russische Leibeigenschaft. Damit ich nicht in bloße Deklamationen zu verfallen scheine, führe ich die Gesetze wörtlich an. Das Gesetz sagt in Louisiana: „Der Sklave ist vollständig dem Willen seines Herrn unterworfen. Der Herr darf ihn nach seinem Ermessen züchtigen, jedoch nicht mit ungewöhnlicher (!) Härte, noch bis zur Verstümmelung, oder Gefahr des Lebens“, und weiter ebendasselbe: „Alles, was der Sklave besitzt, gehört seinem Herrn, und nur das gehört ihm, was der Herr ihm zu lassen für gut findet.“ — Der russische Leibeigene, der türkische Sklave darf Eigentum erwerben und seine Freikaufung bewirken, und ein gütiger Herr hat dort immer das Recht, den Sklaven freizugeben. Die Statuten von Florida vom Jahr 1847 dagegen bestimmen wie folgt: „Die Gesetzgebung hat kein Recht, Gesetze zur Emanzipation der Sklaven zu geben; die Freilassung von Sklaven ist verboten. Wer dagegen fehlt, hat für jeden Sklaven 200 Dollars Strafe zu zahlen; die Freigelassenen aber sollen ausgegriffen und wieder verkauft werden.“

Das Gesetz von Georgia bestimmt: „Wenn ein Farbiger, Sklave oder Freier, einen andern Schwarzen oder Farbigen, Sklaven oder Freien, lesen und schreiben lehrt, so soll er mit Peitschenhieben nach Ermessen des Gerichtshofes bestraft werden. Wenn ein Weißer dasselbe Verbrechen begeht, so soll er 500 Dollars Strafe bezahlen, und nach Ermessen des Gerichtshofes eingesperrt werden.“ So viel für die Zivilisation.

Dasselbe Gesetz setzt Todesstrafe für Farbige (Freie oder Sklaven), wenn sie geschriebene oder gedruckte Schriften in den Staat bringen, worin die Abschaffung der Sklaverei (Abolitionismus) befürwortet wird. Dieselben Leute, die solche liberale Ansichten über Pressfreiheit im eigenen Lande hegen, können über Louis Napoleon, Radegly u. A. nicht schmachvolle Worte genug finden!

Das Gesetz von Florida straft Einbruch und falsches Zeugnis an Farbigen mit Anageln an den Ohren, 39 Hieben auf den bloßen Rücken, oder Verbrennung der Hand mit glühendem Eisen. Und die Statuten von Missouri von 1845 bestrafen einen Farbigen für Entführung einer weißen weiblichen Person unter 18 Jahren zum Zwecke der Heirat, und Prostitution mit einer Weißen durch Entmannung. So viel für Zivilisation und Menschlichkeit im neunzehnten Jahrhundert!

Das Gesetz von Florida von 1847 bestrafte einen Weißen für Prostitution, Ehebruch oder Ehe mit einer Farbigen mit 1000 Dollars Strafe und Unfähigkeit zu allen öffentlichen Ämtern, zur Jury, sowie zur Zeugenunfähigkeit gegen Weiße. So viel für Freiheit, selbst der weißen Bürger. Kein Farbiger, frei oder Sklave, kann Zeugnis ablegen gegen einen Weißen, selbst in vielen freien Staaten, z. B. Iowa! — So viel für Gerechtigkeit.

Ähnliche Gesetze bestehen in den andern sklavenshaltenden Staaten, und daß sie von der Administration und den Gerichten gehandhabt werden, dafür liegen tausend und aber tausend haarsträubende Beispiele vor. Und nicht nur verbieten jetzt verschiedene Sklavensstaaten ihren Bürgern, ihre Sklaven freiwillig freizugeben, viele freie Staaten, z. B. Indiana, verbieten ferner die Einwanderung und Niederlassung; die freien Staaten des Nordens und Westens sind durch ein 1850 erlassenes Verein-Staaten-Gesetz verbunden, flüchtige Sklaven auszuliefern — ja jeder Bürger eines freien Staates ist gesetzlich verbunden, zur Wiedereinfangung flüchtiger Sklaven hilfsreiche Hand zu bieten, und dieselbe geschieht auf Kosten der Union. (Entlaufenes Vieh muß sich Jeder auf eigene Kosten wieder holen.) Dieses Gesetz verleiht (im Widerspruch mit einer ausdrücklichen Bestimmung der Konstitution)

*) Nach einer Darstellung nordamerikanischer Zustände von Dr. Köhler.

den Verdächtigen das Recht, gehört zu werden, die Wohlthat einer Jury, und gibt dem (vom Präsidenten ernannten absehbaren) Richter doppelte Sporteln im Falle der Verurteilung, und ein sache bei der Freisprechung. Ein solches Gesetz wäre in den Barbarenstaaten unerhört, und wurde von einer demokratischen Mehrheit im Senat und Haus passiert, den in Europa bekannten General Cass, Demokratenführer, der für die „Freiheit“ der Ungarn so sehr schwärmt, an der Spitze. Noch nicht hiemit zufrieden, nahm die demokratische Partei die Unwiderlichkeit dieses Gesetzes in ihre „Plattform“ (politisches Glaubensbekenntnis) auf; sie stieß hochverdiente Führer, wie Oberst Benton und Robert Rantoul, fast förmlich aus ihren Reihen aus, oder ließ sie doch gänzlich fallen, weil sie sich nicht für dieses Gesetz erklären wollten; sie erwählte ihren neuen Präsidenten (1852) auf diesen Vorzug hin, „daß er über die Sklaverei immer „gesund“ gedacht habe“. Und wie dieser neue demokratische Präsident in seiner Inauguralrede fast Nichts mit Bestimmtheit ausgesprochen hat, als seinen festen Entschluß, die Gesetze über „unfreiwillige Dienstbarkeit“ (wie er die Sklaverei euphemistisch umschrieb) in ihrer ganzen Strenge aufrecht zu erhalten, ist wohl noch manchem Leser erinnerlich. Ja die Partei ging noch weiter, sie verpflichtete sich in den Baltimore-Beschlüssen von 1852 ausdrücklich: „innerhalb und außerhalb des Kongresses allen Verfügungen, die Sklaverei zu ändern, entgegenarbeiten zu wollen“.

Und treu hält sie diese Verpflichtung. Unter 10 demokratischen Blättern wagt noch erst eines, unter 100 Kammerkandidaten noch kaum Einer mehr, öffentlich seine Mißbilligung der Sklaverei oder des jetzigen Zustandes dieser Frage auszusprechen. Nicht allein bloß im Süden, — nein, im freien Norden und Westen, (Massachusetts und Ohio machen allein eine ehrenvolle Ausnahme,) und in Missouri, einem Sklavensstaate, wagt es eine Fraktion der demokratischen Partei, freier zu denken, als es die Führer im freien Indiana, Illinois, oder New-Hampshire dürfen.

Und wie verhalten sich nun die Deutschen dazu? Wenigstens neun Zehntel der deutschen Stimmgeber gehören der demokratischen Partei an, und selber sind sie meistens am eifrigsten, die Stimme der Menschlichkeit, der Wahrheit und Gerechtigkeit in sich zu überläuten. Der Name „Demokrat“ schmeichelt ihnen schon so genug; um das Wesen der Demokratie kümmern sie sich wenig; sie schwärmen für Kosmopolit und vielleicht für Cabet, und sehen nicht die unterdrückte Menschenwürde in ihrer nächsten Nähe. Ein Bekannter erzählt mir, daß er in einer kleinen Stadt in Indiana einen deutschen Holzhauer, der mit dem Sägebock herumging, um Arbeit zu suchen, einen Farbigen, der ihm guten Lohn bot, sein Holz zu schneiden, grob abweisen sah: „für einen verdammten Nigger wolle er nicht arbeiten, auch für einen Dollar den Tag nicht.“ Der Mann war ein eifriger „Demokrat“.

Die deutschen demokratischen Blätter widerhallen von urbanen Bezeichnungen, wie „hinverrückten Abolitionisten“, „unreifen Humanitätshybriden“, „Grünen, die noch nicht hinter den Ohren trocken sind.“ Und das Publikum zeigt, daß es damit einverstanden ist; denn alle deutsche Blätter, die es versucht haben, die wirkliche Demokratie geltend zu machen, sind immer wieder eingegangen, wegen Mangel an Abonnenten, und alle die Deutschen, die im Kongreß oder einzelnen Staaten zu einer bedeutenden Stellung gelangt sind, — sie sind „gesund in Beziehung auf Sklavengesetze.“ — so der jetzige Lieutenant Governor Körner von Illinois (ein Flüchtling vom Frankfurter Aprilaufstand 1833).

Ja selbst unter den Flüchtlingen von 1848 und 1849 finden wir Die t'sch von Annaberg, den Schwager Heubner's, eine Zeitung im Interesse der Sklavenshalter redigierend, erst in St. Louis, dann zu Louisville (Kentucky). Andere wie Schnauffer in Baltimore, Thiene in Cleveland, Schmitt von Kaiserslautern in Philadelphia, wenn sie auch nicht offen für die Sklaverei gingen, haben doch immer das „Festhalten an der demokratischen Kirche“ gepredigt, auf Abolitionisten und Whigs geschimpft (die Whigs sind ein klein wenig freisinniger in der Sklavensfrage, obgleich auch nicht viel) und namentlich diejenigen Deutschen entsehrlich heruntergerissen, die eben dieser Sklavereifrage wegen nicht mit der alleinseligmachenden demokratischen Kirche gehen wollten. Dafür werden sie, wie die Anderen, die es wagen, direkt gegen die Sklaverei zu sprechen, wieder mit Schimpfwörtern überhäuft, an deren Zahl man erst in Amerika erkennt, wie reich unsere deutsche Muttersprache daran ist. Und das nennen sie in Amerika „Demokratie“!

Deutschland.

Bruchsal, 16. Sept. (Br. W.-Bl.) Der Bau der Westbahn ist seit kurzem gänzlich vollendet. Die feierliche Eröffnung dieser Bahn ist auf den 26. d. M. festgesetzt; den 27. wird eine Festfahrt von Bruchsal nach Ulm stattfinden, wozu die höher gestellten Staats- und Gemeindebeamten von hier und Karlsruhe Einladungskarten von der kön. württembergischen Regierung erhalten werden. Dieser feierlichen Eröffnung wird eine Probefahrt am 21. d. M. vorangehen.

Manheim, 16. Sept. Ihre Hoheit die Prinzessin Anna von Sachsen, Tochter Sr. Hoheit des Herzogs Bernhard, kam gestern Abend mit Gefolge von Weimar hier an und nahm ihr Absteigquartier im „Pfälzer Hofe“. Hochdieselbe reist heute gegen Mittag auf der Ludwigshafener Bahn nach Luxemburg zum Besuch ihrer durchlauchtigen Schwester, der Prinzessin Heinrich der Niederlande.

Manheim, 16. Sept. Gestern traf Sr. Erz. der Hr. General und Festungsgouverneur zu Rastatt, v. Gayling, mit seinem Begleiter, Hr. Rittmeister v. Wehmar, hier ein, um seine Reise zur Bundesinspektion in Hannover mit einem Rheindampfsboot fortzusetzen. Auf die zu Anfang künftigen Monats zu erwartende Bundesinspektion der badischen Truppen bereitet sich die hiesige Besatzung durch häufiges Ausrücken im Regimente, den Schluß des Unterrichts, eifrig vor, und wird von der herrlichen Witterung ausnehmend begünstigt. So lange dieser Regimentsunterricht dauert, wird die Abtheilung des hiesigen Infanterieregiments, welche in Bruchsal stationirt ist, alle 14 Tage abgelöst, und ist gestern die Kompanie des Hauptmanns v. Göler dahin abgegangen, die des Hauptmanns Frisch zurückgekehrt. Auch bei den rheinbayrischen Truppen haben die Ablösungen der Garnisonen bereits begonnen, und sind die beiderseitigen Pionnierabtheilungen durch hiesige Stadt passiert. — Das in Ludwigshafen mit gutem Erfolge zum ersten Male eingerichtete Sommertheater wird mit nächstem Sonntage nach dem Anschlagszettel seine Vorstellungen schließen, die von hier aus stets eine Menge Besucher angelockt hatten. — Der Verkehr der Reisenden auf der Main-Neckar- und französischen Bahn sowohl, als auf den Rhein-Dampfsbooten ist äußerst lebhaft. Auch die Neckar-Dampfsboote kommen jetzt häufig hieher, da der Zug der Auswanderer, wie aus Baden, so aus Würtemberg seit beendeter Ernte bedeutend zugenommen hat, und die württembergischen Auswanderer des Gepäcks wegen es vorziehen, die Boote bis zum Rheine beizubehalten.

Ludwigshafen (am Bodensee), 15. Sept. Heute wurde uns das Glück zu Theil, durch einen Besuch Sr. Königl. Hoheit unseres geliebten Regenten im buchstäblichen Sinne überrascht zu werden. Hochdieselben kamen gegen 1 Uhr Mittags auf dem Dampfsboot „Leopold“ ganz unerwartet und ohne daß wir vorher eine Nachricht erhalten hätten, mit Gefolge hier an und ließen am Hafen aus, wo Hochdieselben von den Hauptsteueramts-Beamten empfangen wurden und sich von denselben ins Hauptzollamts-Gebäude und Lagerhaus geleiten ließen.

Hier erkundigten sich Hochdieselben mit regem Interesse um den hiesigen Verkehr, worüber leider kein glänzender Bericht gegeben werden konnte, da derselbe durch die württembergische Eisenbahn wesentlich abgenommen hat. Nachdem Sr. Königl. Hoheit hierauf noch den Hafenplatz besichtigte und sich von dem Vorstande des Hauptsteueramts verschiedene Auskünfte über die Ausfuhr der rohen Produkte über den hiesigen Platz hatten ertheilen lassen, fuhren Hochdieselbe unter begeisterten Hochrufen der inzwischen herbeigekommenen Menschenmenge nach Bodmann ab.

Konstanz, 16. Sept. Sr. Königl. Hoheit der Regent hat gestern wieder auf einem hiezu befohlenen Dampfschiffe der hiesigen Gesellschaft einen größeren Ausflug gemacht, und diesmal den unter dem Namen „Neberlinger See“ bekannten äußerst lieblichen Theil des Bodensees besahen, wobei Hochdieselbe die Orte Bodmann, Ludwigshafen und Neberlingen, sowie die reizende Insel Mainau mit einem Besuche beehrte. Hier dagegen traf des Vormittags Sr. Durchl. der Fürst von Fürstenberg und dessen Gemahlin Groß. Hoheit, sowie Prinzessin Tochter nebst Gefolge von Heiligenberg ein und begaben sich sogleich weiter nach Schloß Hardt bei Ermatingen, woselbst Hochdieselben den bekannten prachtvollen Wintergarten, die reichen Gewächshäuser und übrigen Anlagen des Hrn. Thomas in Augenschein nahmen, welche überhaupt immer mehr die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Nach 1 Uhr kehrten die hohen Herrschaften hieher zurück und wurden von den Hh. Regierungsdirktor Fromberg, Oberstleutnant Louis, Gendarmierittmeister Dettinger und Bürgermeister Steiner ehrfurchtsvoll begrüßt. Nach eingenommenem Mittagmahle besichtigten Hochdieselben den Münster mit seinem großartigen Neubau und traten erst gegen Abend die Rückreise an. Auch der junge Herzog von Leuchtenberg Kais. Hof., mit seinem Begleiter Hofrath Heyne und zahlreichem Gefolge hielt sich einige Tage dahier auf, machte vorgestern einen Abstecher zu dem maseharischen Rheinfalle bei Schaffhausen und fuhr gestern nach Bregenz, von wo er, wie man hört, nach Friedrichshafen und Johann auf der württembergischen Eisenbahn nach Kammstadt zurückreisen wird.

Stuttgart, 16. Sept. Die Offiziere des kön. General-Quartiermeisterstabs sind von ihrer Refognoszirungsreise nach Herrenberg und Umgegend behufs der genauen endgiltigen Feststellung des Planes, der zu zahlenden Entschädigungen und möglichen Rücksichtnahme auf den Bestand der Felder wieder zurückgekehrt, und werden die Manöver selbst bestimmt am 5. Okt. ihren Anfang nehmen.

Der frühere Abgeordnete Weinsbergs zu den Landesversammlungen, Stadtschultheiß Fraas in Weinsberg, ist auf

den Grund des §. 47 der Verfassungsurkunde von seiner Stelle entlassen worden.

Bei der Kontumazialverhandlung vor dem Schwurgericht zu Ludwigsburg gegen den flüchtigen Demokraten Schultheiß Fortenbacher von Dürrmenz-Mühlacker wegen Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder im Betrag von 860 fl. 37 kr. kamen erbauliche Briefe zur Verlesung, die eben kein vortheilhaftes Streiflicht auf das Treiben mancher Demokraten werfen. Aus einem dieser Schreiben geht hervor, daß ihn „die politischen Umtriebe unsäglich viele Ausgaben kosteten, und in Folge dessen besonders der gegen ihn anhängig gemachte politische Prozeß, was er nur andeuten, nicht sagen kann, um nicht noch Andere in Gefahr und um ihre Existenz zu bringen, weil sie ihm so behüßlich waren und also wohl von ihm belohnt werden dürften.“ Und dazu verwendete der gute Demokrat sogar Kollektengelder für Ueberschwemmte und Abgebrannte! Seine politischen Freunde wollten Nichts von Deckung dieser „Ehrensolden“ wissen. Seine ganze Ueberschuldung in der daher ausgebrochenen Gant betrug 7769 fl. Er wurde zu 4 Jahren Arbeitshaus verurtheilt.

Wiesbaden, 16. Sept. Nach der „Mittelrh. Z.“ wird am 26. d. M., dem Vermählungstage der Prinzessin Helene, mit den Erbarbeiten der Wiesbaden-Bahnsteiner, resp. Rüdeshheimer Eisenbahn begonnen werden.

Kassel, 15. Sept. (Kass. Z.) Die am Montag angekommenen Bundesinspektoren, der k. preussische Generalleutnant v. Schack und der großh. badische Generalmajor v. Roggenbach, haben am gestrigen Morgen eine Inspektion des kurf. Leib-Garderegiments, der Garde du Corps und einer Batterie des Artillerieregiments auf der Ebene des großen Forstes vorgenommen. Die genannten Herren hatten die Ehre, der am Nachmittag im Schloß Wilhelmshöhe stattgehabten großen kurf. Tafel beizuwohnen.

Hannover, 13. Sept. Leider sind auch hier einige Cholerafälle vorgekommen, und zwar in dem unmittelbar an die Stadt grenzenden Vorort Linden, wo drei Bewohner eines und desselben Hauses nach kurzer, von den gewöhnlichen Symptomen der Cholera begleiteter Krankheit starben.

Moskau, 13. Sept. Unsere Polizei bringt heute — wohl im Hinblick auf gewisse Ungezogenheiten bei der neulichen Durchreise des Königs von Preußen — die Verordnungen gegen das Schreien, Pfeifen und Lärmen u. auf den Straßen in Erinnerung.

Berlin, 15. Sept. Das heutige Blatt der „Zeit“ verweist in einem Berliner Artikel auf den Mißbrauch, welcher neuerdings wieder so häufig mit Auswanderungsanpreisungen getrieben wird. Namentlich wird an einem eklatanten Beispiel dargestellt, was es mit den öffentlichen Darstellungen von Auswanderern für gute Schiffbeförderung und Behandlung oft auf sich hat. Junge Leute aus dem Mitteldeutschland waren durch einen Agenten verlockt worden, ihren Weg nach Amerika über Liverpool zu nehmen. Dort angekommen, mußten sie im Voraus eine Dankschreiben für die vorzügliche Beförderung nach Amerika unterzeichnen; und während sie nun auf der ganzen Reise der schmächtigsten Behandlung ausgesetzt waren, dienten ihre Worte in Deutschland für andere Unglückliche wieder als glänzende Verlockungsmittel. Dies nur ein Fall von den vielen. In Hamburg hat man jetzt die Sache in ein System gebracht. Die dort erscheinende neue Auswanderungszeitung findet ihre eigentliche Aufgabe gerade in der massenhaften Anhäufung solcher Lockmittel, und noch überdies zur Auswanderung nach Brasilien. Auch in die Berliner Presse suchten vor einiger Zeit die brasilianischen Agenten Eingang zu gewinnen. Sie wurden an mehreren Stellen mit dem Bemerkten zurückgewiesen: man unterhalte hier keinen Sklavenhandel. Auch in den Provinzen scheinen diese Spekulanten keine sonderlichen Geschäfte zu machen. Es wird ihnen mit Recht Seitens der Behörden streng aufgepaßt.

In mehreren Blättern wird die von Seiten der Zollvereins-Regierung angeordnete Aufhebung der Getreidezölle mit dem Bemerkten angegriffen, daß diese Maßregel eines Theils beim Herannahen des Winters viel zu spät komme, und andererseits viel zu kurz bemessen sei. Was den ersten Vorwurf betrifft, so ist erfahrungsmäßig die Schiffsahrt an den norddeutschen Häfen keineswegs ohne Ausnahme bis Ende des Jahres offen, und es bleibt also noch hinreichende Zeit für Zufahren, die überdies, wenn das Wasser mit Eis belegt ist, in der Masse aufhöhen. Wenn aber auf der andern Seite hervorgehoben wird, daß noch zum Frühjahr ein Steigen der Getreidepreise zu erwarten stehe, und demnach gerade dann die Zollaufhebung eine Nothwendigkeit sei, so haben bekanntlich mehrere Regierungen die weitere Ausdehnung der Zollfreiheit für Getreide ausdrücklich vorbehalten, ganz abgesehen von dem Umstande, daß bei einem Steigen des Roggenpreises auf 3 Rthlr. per Scheffel es jeder Vereinsregierung freisteht, ohne weitere Vereinbarung die freie Einfuhr zu verfügen.

Die hier versammelte Konferenz des deutsch-österreichischen Telegraphenvereins hält ihre Sitzungen im Gebäude des Generalpostamts. Zur Vorberathung der kürzlich erwähnten Anträge auf bessere Vertheilung der aus den telegraphischen Anlagen fließenden Einnahmen ist eine besondere Kommission niedergesetzt worden.

33. MR. der König und die Königin verlebten den heutigen Tag mit ihren hohen Gästen, dem Erzherzog Leopold, dem Prinzen Karl von Bayern und dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, in Sanssouci. Heute Mittag traf Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Gotha hier ein. Höchstwahrscheinlich wird dem Vernehmen nach bei den bevorstehenden großen Kavalleriemärschen ein Kommando übernehmen.

Wien, 13. Sept. (Das österreichische Papiergeld.) Wir sehen aus jedem neuen Ausweis der österreichischen Nationalbank, daß der Papierumlauf in stetiger Abnahme begriffen ist. Es steht fest, daß die Regierung von dem Grundsatze ausgeht, daß eine Verbesserung der Valuta nur durch die Beschränkung und schließlich die Beseitigung

der Papiervaluta zu ermöglichen ist; es scheint uns aber ungerecht, wenn man ihr, so theoretisch begründet es auch sein mag, den Vorwurf machen will, daß sie nicht mit einer sofortigen und gänzlichen Beseitigung dieser Valuta vorgeht; es scheint uns ungerecht, weil die Finanzverwaltung bei ihren Maßregeln die gegebenen Umstände nicht außer Acht lassen darf.

Gegenwärtig werden die Steuern in Oesterreich in Papiergeld gezahlt. Es leidet nun freilich keinen Zweifel, daß die Ausgaben des Staats sich vermindern, sobald der Diskonto auf Papiergeld aufhört, künstliche Nominalwerthe zu schaffen, und es ist eben so sicher, daß der Verkehr eine Verminderung der Umlaufsmittel ohne Ersatz tragen kann, weil eine solche Vereinbarung die Preise der Landeserzeugnisse fallen macht. Aber bei den Steuern ist etwas Anderes zu erwägen. So lange das österreichische Budget noch von einem so starken Defizit belastet ist, kann an eine Verminderung der Einnahmen des Staats und folglich auch an eine Erleichterung der Steuerpflichtigen nicht gedacht werden; die eben ausgeschriebenen Steuern für das nächste Verwaltungsjahr sind demnach auch einfach die verlängerten gegenwärtigen Steuern. Wenn aber der Nominalbetrag dieser Steuern auch in der verbesserten Valuta fortgezahlt werden müßte, so daß die Steuern nicht weniger Umlaufsmittel als bisher in Anspruch nehmen würden, so darf man billig zweifeln, ob bei verminderten Umlaufsmitteln die gleichen Steuern noch gezahlt werden könnten; und diese Rücksicht ist für die Finanzverwaltung offenbar entscheidend gewesen, wenn sie den im Prinzip als richtig erkannten Weg zur Verbesserung der Valuta gleichwohl nur aus der größten Vorsicht und Zurückhaltung betreten hat. Es kam dazu noch das weitere Bedenken, daß auch an einen Ersatz des Papiergeldes durch aus dem Ausland herbeigeschafftes Silber so lange nicht mit Nutzen gedacht werden konnte, als der Stand der Kurse darauf hinwies, daß eine Anleihe nur unter sehr drückenden Bedingungen zu realisiren sein werde. Da aber dies Bedenken jetzt wegfällt, seit der Kredit Oesterreichs an den Börsen wieder fest begründet ist, so darf man vielleicht schon in kurzem einer umfangreicheren Benützung desselben, und damit einer schnelleren und bedeutenderen Verminderung des Staatspapiergeldes ohne gleichzeitige Verminderung der Umlaufsmittel überhaupt entgegenzusehen; denn unter den gegenwärtigen Konjunkturen werden die Zinsen einer Silberanleihe im Auslande die Finanzverwaltung bei weitem weniger belasten, als die Vertheuerung der Bedürfnisse des Staats durch die Papiervaluta. Eben weil die Regierung bis jetzt Nichts überreicht und manchem ungefühen Drängen eine weise Festigkeit entgegenzusetzen hat, darf man sich der Hoffnung hingeben, daß sie den günstigen Zeitpunkt zu ergreifen wissen wird, durch eine gründliche Regelung der Valutaerhältnisse den Schlüsselstein in das Gebäude des neuen Staats zu legen.

Wien, 14. Sept. (Die ungarischen Reichskleinodien.) Ueber die Auffindung der ungarischen Reichskleinodien erzählt die „N. Pr. Z.“ aus Alt-Drsova, 9. d., Folgendes: Durch das Geständnis eines Flüchtlings wußte man, daß das allgemeine Gerücht Wahrheit und die Krone nicht von dem ungarischen Boden entfernt worden war; auch war der Platz im Allgemeinen bezeichnet. Seit beinahe drei Monaten befand sich daher ein höherer Offizier (Major) hier, um im Auftrage der Regierung an der nahen Grenze die angeordneten Ausgrabungen zu leiten. Lange waren alle Nachforschungen vergeblich, bis gestern Morgen gegen 9 Uhr ein armer wallachischer Arbeiter, der sich im Streit von seinen Gefährten getrennt hatte und allein an einem andern Platze grub, den glücklichen Fund machte. Dies geschah ganz in der Nähe der türkischen Grenze bei dem Dorfe Bähröwa, etwa 1 1/2 Stunden von hier. Die Kleinodien waren in einer eisernen Kiste verschlossen, die sich wiederum in einer hölzernen befand, mehrere Fuß tief in der Erde vergraben. Man brachte sofort den Fund hierher in das Stadthaus, wo derselbe unter starker Bewachung gestern und heute dem Publikum ausgestellt wurde, und wo ich die Kleinodien auch gesehen habe. Dieselben bestehen aus der berühmten, prächtigen Krone des hl. Stephan, dem Szepter, dem Reichsschwert, dem schweren, goldgeziernten Krönungsmantel, zwei Pelzen und einem Paar Schuhen. Der glückliche Fund wurde sofort mit Eilfahne nach Semlin und von dort mit dem Telegraphen nach Wien gemeldet.

Sofort wurden die Kleinodien dem Publikum zur Besichtigung ausgestellt. Wie die „Wien. Ztg.“ schreibt, strömte das Landvolk selbst von den entferntesten Orten scharenweise nach Drsova. Während außerhalb der Militärgelände die in dichten Massen sich sammelnde Menge freudig jubelnd lärmte, herrschte in den Räumlichkeiten, wo die Aufstellung stattfand, eine heilige Stille. Das Landvolk, Magyaren und Romanen, nahte sich nur knieend dem Ort und betete beim Anblick der Krone, die König Stephan der Heilige trug. Der Umstand, daß der Wiedersund am Tage Mariä, der Schutzpatronin Ungarns, geschah, ruft die höchste Begeisterung hervor und verleiht dem Akt eine heilige Weihe. Abends war große Illumination. Die vor Anker liegenden prachtvoll beleuchteten Donau-Dampfschiffe, die Freudenfeuer auf allen Gehirgen, die endlosen Jubelrufe für das Wohl und Heil Sr. Maj. des Kaisers Franz Joseph, die schön geordnete Prozession der Schuljugend, welche die Volkshymne sang und von tausendstimmigen Bivats begleitet war, das Geläute aller Glocken, die mehrstündigen Freudenfeste von den Gehirgen, und der Donner der Kanonen der Dampfschiffe verherrlichten die Feierlichkeit dieses denkwürdigen Tages. 33. H. die Herzoge von Nemours und Koburg, welche gerade auf ihrer Durchreise zur Feierlichkeit eintrafen, theilten sichtbar diese Gefühle der Freude. Abends 8 Uhr wurde wieder Alles in die eiserne Kiste gelegt, und bleibt diese bis zur Ankunft Sr. Erz. des Grafen Coronini geschlossen.

Nach Gerüchten, die die „Allg. Ztg.“ erwähnt, siele das Verdienst, über die verschleppten Kleinodien und den Fundort die ersten richtigen Winke gegeben zu haben, einem Magyaren Namens Varga zu. Da der Familienname Varga in Ungarn so häufig ist, wie in Deutschland Müller oder Mayer,

so wäre damit wenig aufgeklärt. Inzwischen dürften sich bei diesem Anlaß viele Wiener eines Beamten der ehemaligen ungarischen Hofkanzlei, Namens Varga, erinnern, welcher im Sommer des Jahres 1848 mit und unter Hrn. v. Pulszky hier eine Rolle gespielt hat. Derselben Quelle wird die Aufklärung darüber zugeschrieben, daß Perczel und Guyon es gewesen seien, welche die Kroninsignien vergruben, und daß Kossuth vermuthlich erst jetzt erfahren dürfte, wo sie seit 1849 vergraben lagen. Was hieran Wahres sein mag, wird sich bald herausstellen.

In der Umgebung Wiens beginnt die Weinlese theilweise schon in den ersten Tagen des Monats Oktober. — Wie verlautet, hat die österreichische Regierung bei der stattfindenden Eltzoll-Kommission den Antrag vom Jahr 1850, welcher die Herabsetzung der Schiffsabgaben auf die Hälfte als ein Minimum bezeichnete und sich für gänzliche Aufhebung derselben aussprach, wiederholt. Nach der gegenwärtigen Sachlage ist Hoffnung vorhanden, daß darüber mit Preußen und Sachsen ein Uebereinkommen erzielt wird. — Hofrath Busch und Prof. Weger aus Freiburg, dann Probst Pellgram aus Berlin sind zur Katholikerversammlung hier eingetroffen. — Die in Lübeck erscheinenden „Monatsblätter für freies religiöses Leben“ sind für den Umfang der ganzen Monarchie verboten worden. — In finanziellen Kreisen wird mit Bestimmtheit versichert, daß die Rückkehr Hrn. v. Brentano's die Aufgabe hatte, ein neues Staatsanlehen im Auslande aufzulegen.

Das „Dresd. Journ.“ meldet: Kaiser Nikolaus soll bei Ablehnung der türkischen Modifikationen zugleich erklärt haben, daß Rußland in Bezug auf die Wiener Vergleichsvorschläge sich gleichwohl noch für gebunden erachtet und die Donaufürstenthümer rauchen wolle, sobald die Pforte den Wiener Notenentwurf ohne Modifikationen acceptire.

Italien.

* **Modena, 12. Sept.** Die Getreideausfuhr ist hier verboten, die Getreideeinfuhr zollfrei gestattet worden; jedoch bleibt der Getreidehandel mit den österreichisch-italienischen Zollvereins-Staaten vollkommen unbehindert.

Frankreich.

+ **Paris, 16. Sept.** Der „Moniteur“ veröffentlicht heute den zwischen Frankreich und Rom abgeschlossenen Handelsvertrag, und weist im Hinblick auf verschiedene Vorbereitungen zur Feier des Namensfestes der Kaiserin für den 16. Sept. darauf hin, daß der Festtag am 16. Nov. ist. Ueber die orientalische Angelegenheit schweigt auch heute noch das amtliche Organ. Dagegen wird der „Patrie“ aus Wien versichert, daß die Mitglieder der Konferenz immer noch hofften, einen Bruch abzuwenden zu können, und daß der Kaiser Nikolaus sich auch jetzt noch befriedigen werde, wenn die Pforte die Konferenznote ohne Abänderungen annehmen würde. Es scheint kaum einem Zweifel zu unterliegen, daß die vier Mächte der Pforte den Rath ertheilen werden, sich unbedingt zu fügen.

Hr. Dupin, der bekannte Ex-Präsident der vormaligen Nationalversammlung hat vor zwei Tagen den Ackerbaukongress von Clamecy präsidirt und, wie gewöhnlich, eine lange Rede gehalten, worin er sich zu Gunsten der Freiheit des Getreidehandels aussprach, der durch keine politischen Vorschriften gefesselt werden dürfe. Sofort gibt Hr. Dupin einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der landwirthschaftlichen Zustände Frankreichs, und rühmt dann den großen Antheil, den der Kaiser an dem Ackerbauwesen nehme. „Wenn“, bemerkt Hr. Dupin, „andere Geschäfte den Kaiser, dessen Lebensader der des Volkes so ganz entspricht, nicht verhindert hätten, so hätte er den Ackerbaukongress von Rosny, unweit des Wohnortes Sully's, dieses andern Freundes des Ackerbaues, besucht. Der bei dieser Gelegenheit an Hrn. Darblay, Präsidenten des Kongresses, geschriebene Brief hatte zum Zweck, bekannt zu machen, wie glücklich Sr. Majestät gewesen wäre, inmitten der braven Landleute zu sein, deren Ergebenheit er kenne und deren Arbeiten er hochschätze.“ Das „Journ. des Deb.“, welches diese Rede vollständig mittheilt, bemerkt dazu: „Wir hätten wohl einige Bemerkungen über diese Rede zu machen; aber bei den engen Grenzen, in welche die Polemik heute eingeschlossen ist, ziehen wir es vor, lieber Nichts zu sagen, als nicht Alles zu sagen, was wir denken.“

Der Verwaltungsrath der Bank von Frankreich hielt gestern eine Sitzung, wobei indeß von einer Erhöhung des Diskontos keine Rede war. Die nächste Sitzung wird erst in drei Wochen stattfinden, wenn der Verwaltungsrath nicht zu einer außerordentlichen Versammlung zusammenberufen wird. — Zwei Kompagnien Infanterie liegen gegenwärtig im Schloß von Meudon, wo der Prinz Jerome seit einigen Tagen sein Hoflager aufgeschlagen hat. — Guizot ist seit einigen Tagen in Paris. — In den französischen Seestädten herrschen große Besorgnisse wegen der Ankunft eines Seeschiffes in Paris. Sie fürchten, daß sich Paris, das schon Alles an sich gezogen hat, nun auch des Seehandels bemächtigen wird. — Nach der „Union“ wird das Porto für einfache Briefe zwischen England und Frankreich auf 25 Cent., d. h. um 55 verringert werden. — 3proz. Renten 76.75; 4 1/2proz. 101.50; Straßburg 912.50; Lyon 915.

Niederlande.

Amsterdam, 13. Sept. Der König hat, dem Vernehmen nach, den Gesegentwurf zur Regelung der Aufsicht über die verschiedenen Kirchengesellschaften sanctionirt und die Veröffentlichung desselben steht in kurzem zu erwarten. Se. Majestät hat den beiden französischen Oberoffizieren, welche den Märschen im Lager von Jesty beigemohnt, Orden verliehen.

Großbritannien.

* **London, 15. Sept.** Auf die Dmäger Konferenz sind hier im Voraus Aller Augen gerichtet, und der gestrige Ei-

